

Bilanz einer Silvesternacht: „Kein Weiter-so!“

Befürchtungen über Gewalt haben sich erneut bewahrheitet!

Der Jahreswechsel und damit verbundene „Gewaltexzesse in deutschen Städten“ wurden schon Wochen vorher öffentlich thematisiert. Politiker aus Bund und Ländern warnten unisono vor blinder Wut und sinnloser Gewalt! Politisch war man sich einig wie selten! Alle in Verantwortung stehenden Parteien in Landesregierungen und in der „Bundesampel“ verurteilen Gewalt gegen Einsatzkräfte! Reicht das aus?

Nein, denn eine hohe politische Unzufriedenheit ist in Deutschland bei vielen Bürgerinnen und Bürgern vorhanden. Der Frust über die „Bundesampel“ und deren Entscheidungen einerseits, die Stimmungslage von „rechten Scharfmachern“ andererseits sorgen für eine große Politikverdrossenheit. Wie lange geht das noch gut? Es stehen heuer in drei Bundesländern Landtagswahlen an. Ausgang ungewiss. Umfragen alleine bereiten vielen Menschen und auch mir „Albträume“! Die AfD gewinnt derzeit nicht nur viele Parteimitglieder, sie liegt auch in den politischen Umfragen vor den entsprechenden Landtagswahlen „sehr gut“ im Rennen. Auftrag an die Politik: handeln statt schwätzen!

Blitzlicht zum Jahreswechsel

Klare Ansage: Es ist schlicht nicht möglich, dass die Polizei künftig bei allen kritischen Ereignissen mit so viel Personal für Sicherheit sorgt wie in der zurückliegenden Silvesternacht. Die Lage hat sich in der Neujahrsnacht grundlegend geändert. Für einen Teil der Menschen, die draußen das neue Jahr begrüßen, ist die Ausübung von Gewalt geradezu „en vogue“! Social-Media-Beiträge tun ihr Übriges, um schnell „gewalttätige Aktionen“ zu posten, um die meisten Klicks einzufahren. Krawalltourismus ist in, nicht nur bei Fußballfans im Block 40. Dort Silvester feiern, wo mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch Krawalle stattfinden, ist Antrieb für viele, sich in die Feiermeilen zu begeben. Schwerste Verletzungen von anderen, ausgerechnet gegen diejenigen, die in den Silvesternächten im Dienst der Allgemeinheit arbeiten müssen,



Foto: GdP/Hessen

werden dabei billigend in Kauf genommen. Berlin war in diesem Jahr erneut der Schauplatz gewalttätiger Angriffe auf Polizei und Rettungsdienste. Alle in Berlin, aber auch anderswo zu Tausenden eingesetzten Kolleginnen und Kollegen haben ihr Bestes getan, um unbeschadet durch die Nacht ins neue Jahr zu kommen. Randnotiz: Den in Berlin eingesetzten Polizeikräften wurde vom dienstleistenden Caterer auch noch verdorbenes Essen geliefert! Beschämend und ein weiteres Beispiel für den Unsinn, eigene Polizeiküchen abzuschaffen und auf Private zu setzen! Auftrag an die Politik: Jedem Angriff auf Polizeibeamte muss mit behördlichem Rechtsschutz und Strafantrag der Behördenleitungen begegnet werden!

Öffentliche Berichterstattung: Findet Gewalt gegen Polizei statt?

Polizeikräfte, die Opfer von verbaler oder körperlicher Gewalt werden, zeigen diese

mittlerweile durchgängig an. Ohne Wenn und Aber! Wer Polizeibeamte angreift, greift den Rechtsstaat an. Einerseits stellen wir enttäuscht fest, dass es innerhalb eines Jahres keine politischen Rezepte gab und gibt, die einen Ansatz zur Verhinderung dieser Gewaltexzesse in der Silvesternacht hätten bewirken können. Sonntagsreden der politisch Verantwortlichen im Bund und in den Ländern haben wir genug gehört. Nach dem gescheiterten Jugendgipfel 2023 hat die „Bundesampel“ die Arbeit an diesem Thema einfach eingestellt. Auch die Innenministerkonferenz (IMK) schweigt „nach außen“ beharrlich und handelt nicht! Fußballkrawalle in deutschen Stadien werden ohne politische Vorgaben hingenommen. Dafür wird die hessische GdP vom Vorstandssprecher der Frankfurter Eintracht in einem Podcast vor Weihnachten noch „bewertet“! Herr Hellmann überschritt jedoch deutlich seine Grenzen, als er sich entschloss, die GdP als „Leute“ einzuordnen, „die weder beteiligt waren noch Sachkenntnis haben, aber glauben, mit ganz einfachen Formeln ... sagen zu



» Name

Die Aburteilung von Gewalttätern dauert viel zu lange! Der Rechtsstaat muss konsequent handeln, bestehende Rechtsrahmen müssen ausgeschöpft werden. Rechtsbrechern müssen Grenzen gesetzt werden – Urteile sollen abschreckende Wirkung entfalten!

können, wie es funktioniert“. Und nicht nur das, damit überschritt er den Gipfel des Zulässigen. Verwerflich war es auch, dass er die GdP herabwürdigend und vorurteilsbeladen – ohne jegliche Evidenz – als „Lobbyorganisation“ einordnete, die einen einseitigen Blick auf die Dinge habe und nicht in der Lage sei, „objektiv“ zu urteilen. Mit diesen populistischen Aussagen überschritt er nicht nur alle Grenzen, sondern schlug sich auch auf die Seite der gewaltbereiten, nichtsnutzigen Fanklientel in der Nordwestkurve, die sich durch die Hellmann'schen Ausführungen noch gestärkt fühlen dürften. Wir Polizeibeschäftigte haben es satt, in öffentlichen Debatten als diejenigen hingestellt zu werden, die Gewalt herbeireden oder gar provozieren. Prof. Singelstein, Co-Autor des Buches „Die Polizei: Helfer, Gegner, Staatsgewalt“, wird mal wieder polizeikritisch in der Presse deutlich. Bereits im Mai 2023 hatte Prof. S. Justiz und der Polizei vorgeworfen, dass es in den wenigsten Verfahren, die ein strittiges Verhalten der Polizei verhandeln, zu einer Verurteilung der Einsatzkräfte kommt. Wer behauptet, Justiz und Polizei steckten unter einer Decke, und das sei ja von vornherein klar, sollte sich auf sein Verständnis des Rechtsstaates ernsthaft prüfen. Die Unabhängigkeit der Justiz infrage zu stellen, lässt auf ein problematisches Verhältnis zu den Grundpfeilern unserer Demokratie schließen. Klüngeleien zwischen Staatsanwaltschaften und Polizei schließt die GdP entschieden aus!

Zwischen Weihnachten und Silvester wird Prof. S. in der Presse erneut zitiert: Gewalt gegen Polizei stelle oft ein verzerrtes Bild dar. Dieses verzerrte Bild ergebe sich, so Prof. S., weil Polizeibeamte immer häufiger Gewalt gegen sie zur Anzeige bringen. Bei der Masse der Anzeigen handele es sich um Fälle geringer Schwere. Widerstände durch Schubsen oder verbale Beschimpfungen werden für den quantitativen Anstieg der Gewalt in den Statistiken von Prof. S. angeführt.

Zur Erinnerung: Am 31. Januar 2024 jährt sich der eiskalte Mord an zwei Polizeibeamten in Kusel zum zweiten Mal. Meist sind es die Bagatteleinsätze, die „aus dem Nichts“ eskalieren und im schlimmsten Fall, wie vor zwei Jahren bei einer Fahrzeugkontrolle, Menschenleben kosten! Da tröstet es wenig, dass der Bundesgerichtshof die Revision des Hauptangeklagten im Prozess um den Polizistenmord in Kusel im letzten Sommer verworfen hat. Neben der Verurteilung wegen zweifachen Mordes wurde Andreas S. wegen weiterer Delikte belangt, wie tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gewerbsmäßige Jagdwilderei. Durch die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld kann er nicht nach 15 Jahren aus der Haft entlassen werden. Auftrag an die Politik: Schluss mit Fankrawallen, Pyrotechnik und Gewalt in Fußballstadien. Ein Fußballgipfel muss politisch gewollt und dann in Folge mit Verbänden, Vereinen und Polizeiführungen folgen!



Hessische Landesregierung am 18. Januar vereidigt

Die öffentliche Kritik der GdP Hessen am Koalitionsvertrag von CDU und SPD im Bereich der inneren Sicherheit belegt, dass hier noch „viel Luft nach oben“ ist! Überdies reichen „warme Worte von Innen- und Justizminister zum Jahreswechsel“ in einer Pressemitteilung nicht aus. Wir haben eine klare Erwartungshaltung: Unmittelbar nach Amtsantritt der Landesregierung mit einem neuen Innenminister ab 18. Januar 2024 erwarten wir, dass die drängendsten Probleme in der Polizei auf den Tisch kommen!



Denn: Vertrauensverlust in die Politik ist belegter Nährboden für Feinde unserer Demokratie. Die bei hessischen Staatsanwaltschaften eingerichteten Sonderdezernate müssen personell stärker ausgestattet werden, um Verfahren schnell und konsequent abzuschließen. Der Staat gewinnt nicht nur durch Repression. Gewalt gegen Uniformierte können nicht Uniformierte lösen – das ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft!

Auftrag an die Politik: Politiker in Bund und Ländern müssen sich parteiübergreifend klar gegen jedwede Gewalt und Regelverstöße positionieren und mit zusätzlichen





Foto: Petra/AdobeStock

personellen und materiellen Ausstattungen der Polizei und der Justiz dem ansteigendem Gewalttrend entschlossen begegnen.

Personal und Wertschätzung

Bei den Themen „Personal“ und „Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage“ gibt es konträre Ansichten! Es gehört nicht zur Aufgabe der GdP, ständig unbelegt oder unreflektiert nach mehr Personal zu rufen. Aber wenn man realistisch Bilanz zieht, ist aus der Ausbildungsoffensive und den Sicherheitspaketen I bis III nicht die erhoffte personelle Verstärkung bei der Polizei und damit in den Dienststellen und Kommissariaten angekommen. 20 Prozent der Studierenden verlassen im Verlauf des Studiums die Polizei, aus unterschiedlichen Gründen. Das ist der Malus, den die Politik erkennen und dem begegnet werden muss. Ständiges „Um-schichten“ von Bestandpersonal, um Löcher bei der Kriminalitätsbekämpfung zu stopfen, erscheint zwar geboten, zeigt aber das ganze Dilemma im „gebeutelten“ Personalkörper. Bekämpfung der Kinderpornografie, Umorganisation der Bereitschafts-

polizei in ein Einsatzpräsidium und neue Kompetenzen für den Innovation Hub brauchen erhebliche personelle Ressourcen. Die Polizeibesetzten, die da sind, machen es! Wo bleiben die dringend benötigten IT-Ingenieure? Mangels fehlender Attraktivität kommen sie nicht zur hessischen Polizei und suchen sich lukrativere Arbeitgeber in der föderalen Polizeiwelt. Der hessische Koalitionsvertrag bleibt nebulös, was die Anzahl möglicher Neueinstellungen in der Polizei angeht. Die Attraktivität der hessischen Polizei im Konzert der Länderpolizeien und der Polizei des Bundes und dem BKA sinkt weiter. Fast vier Millionen Überstunden stehen zweistelligen Millionensummen gegenüber, die den Stundenabbau durch finanzielle Auszahlung bei der Polizei forcieren sollten. Unsere Bestandspensionäre fühlen sich verraten und verkauft, was die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage angeht. Und die finanzielle Erhöhung für die Aktiven ist kein großer Wurf! Das SPD-geführte Bundesinnenministerium macht es vor: 228 Euro Polizeizulage für Aktive, 168 Euro für Bestandspensionäre. Ein „Schlag ins Gesicht“ für unsere Beschäftigten! Die „Baby-boomer-Jahrgänge“ gehen auch in der Poli-

zei in den verdienten Ruhestand. Eilig werden die graduierten Abgänger der HöMS in die Polizeipräsidien verteilt. Personelle Minderzuweisungen decken zwar noch die Personalabgänge durch Pensionierungen, vielmehr ist es aber nicht! Was nun, Herr Rhein? Eine berechtigte Frage, die wir als GdP nach der Vereidigung der Landesregierung am 18. Januar der Landesregierung schriftlich gestellt haben. Spätestens dann und in den Tarifverhandlungen in Hessen im März müssen die politisch Verantwortlichen Farbe bekennen! Auftrag an die Politik: Mindestens 2.000 Beschäftigte braucht es mehr bei Hessens Polizei. Tarifbeschäftigte müssen dringend höhergruppiert werden und ein Tarifabschluss muss besser sein als der bei der TdL! Ohne Ausreden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in diesem Jahr gemeinsam und geschlossen für unsere Interessen eintreten. Ohne Wenn und Aber! Die Politik wird nur dann „HANDELN“, wenn sie erkennt, dass der Druck innerhalb der Polizei zu groß ist. Ein gutes und gesundes neues Jahr wünscht euch und euren Familien und Angehörigen im Namen der GdP Hessen

Jens Mohr Herr



Endgeldtabelle Bund 2024
(NICHT HESSEN)

Abschluss zum Tarifvertrag der Länder wurde erzielt

Am 9. Dezember 2023 wurde durch die Gewerkschaften ver.di, GdP, GEW und IG BAU nach der dritten Verhandlungsrunde der Tarifabschluss für 15 Bundesländer, außer Hessen, in Potsdam erzielt. Nachdem viele Kolleginnen und Kollegen sich an vorangegangenen Warnstreiks beteiligt haben, wurde der Druck auf die Arbeitgeberseite (TdL) massiv erhöht.

Das Verhandlungsergebnis im Einzelnen

Zahlung einer gestaffelten, steuer- und sozialversicherungsfreien Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 3.000 Euro (bei Vollzeit) nach folgender Aufteilung: 1.800 Euro mit dem

Gehalt Dezember 2023 (Teilzeit anteilig) und ab Januar 2024 monatlich 120 Euro mehr bis einschließlich Oktober 2024 (Teilzeit anteilig).

Tabellenwirksame Entgelterhöhung in Form eines Sockelbetrages von 200 Euro ab 1. November 2024 und ab 1. Februar 2025 eine lineare Entgelterhöhung von 5,5 %, mindestens aber 340 Euro. Die Auszubildenden erhalten zum 1. November 2024 100 Euro und ab 1. Februar 2025 weitere 50 Euro monatlich. Die Übernahme nach erfolgreichem Prüfungsabschluss erfolgt bei betrieblichem Bedarf ab der Gesamtnote „befriedigend“ unbefristet. Die Laufzeit dieses Tarifabschlusses beträgt 25 Monate und endet somit am 31. Oktober 2025.

Die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme für den Beamten- wie auch den Versor-

gungsbereich der Ruheständlerinnen und Ruheständler ist vereinbart und muss von den Länderparlamenten noch umgesetzt werden. Damit ist das materielle Tarifergebnis des TVÖD für Bund und Kommunen vom April 2023 auch für die Landesbeschäftigten erreicht worden. Der hessische Tarifvertrag TV-H endet mit Ablauf des 31. Januar 2024.

Tarifverhandlungstermine wurden hierzu bereits vereinbart. Am 14. Februar 2024 wird die erste Verhandlungsrunde beginnen. Die zweite Verhandlungsrunde wurde für den 4. und 5. März 2024 festgelegt. Die Abschlussverhandlungen zum TV-H werden dann am 14. und 15. März 2024 in Bad Homburg stattfinden.

Heinz Schiskowsky

KOMMENTAR

Tarifeinigung bei der Tarifgemeinschaft der Länder! Ein Ausblick für Hessen?

Für die rund 1,19 Millionen Tarifbeschäftigten und 22.500 Auszubildenden der Länder (außer Hessen), welche unter den Tarifvertrag TV-L fallen, konnte am 09.12.2023 in der dritten Verhandlungsrunde eine Einigung zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern der TdL erzielt werden.

Nachdem auch in Hessen die Tarifverhandlungen in Kürze bevorstehen wurden die Verhandlungen mit der TdL von vielen hessischen Kolleginnen und Kollegen genau beobachtet.

Da sich der Abschluss der TdL nicht hinter dem Abschluss von Bund und Kommunen verstecken muss, ist die Erwartungshaltung an das Land Hessen klar! Trotz Inflation und knapper öffentlicher Kassen müssen wir ebenfalls einen mindestens vergleichbaren Abschluss erzielen!

Um auch in Zukunft beim Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten zu können und bereits auf den Dienststellen vorhandenes Fachpersonal dauerhaft zu binden, ist ein konkurrenzfähiger Tarifabschluss erforderlich.

Steuerfreie Sonderzahlungen – Fluch oder Segen?

Fragt man bei den Kolleginnen und Kollegen nach ihrer Meinung über den ausgehandelten Abschluss, so ist die überwiegende Mehrheit der Kollegen mit denen ich gesprochen habe mit dem Ausgang zufrieden und erhoffen sich ein sehr gutes Ergebnis für Hessen. Nur bei den Sonderzahlungen scheiden sich die Geister! Die

einen würden sich über diesen Geldregen freuen. Immerhin sind 3000 Euro Steuerfrei eine ganze Menge Geld. Die anderen betrachten die 3000 Euro als einen faulen Kompromiss, mit denen sich die Arbeitgeberseite 1 Jahr an Zeit erkaufte hat ohne, dass die Bruttogehälter erhöht werden und damit ja auch eine ganze Menge an Geld sparen. Lieber hätte der ein oder andere hier 0,1 oder 0,2 % Punkte mehr verhandelt und auf die Sonderzahlung verzichtet. Aber auch die Gewerkschaften haben die verschiedenen Interessen Ihrer Mitglieder zu berücksichtigen und so ist das Ergebnis der Tarifverhandlungen der Länder ein klassischer Kompromiss der sich aber nicht verstecken muss!

Tobias Fenner

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentt (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



TV-H UND ANSTEHENDE PERSONALRATSWAHLEN

Gleich zu Jahresbeginn müssen Aufgaben gemeistert werden



Foto: GdP-Hessen

Karsten Bech

Das Jahr 2024 hat begonnen und uns als GdP gleich zu Beginn zwei große Aufgaben gestellt, die es zu meistern gilt. Zum einen die Tarifverhandlungen für das Land Hessen und zum anderen die anstehenden Personalratswahlen. Diese beiden Themen sind besonders hervorzuheben, da sie in den Vorbereitungen sehr zeitintensiv sind und natürlich langfristig nachwirken. Aber nun im Einzelnen.

Die Verhandlungen für den TV-H beginnen im Februar 2024, da der derzeit gültige Tarifvertrag am 31. Januar 2024 ausläuft. Zur Erinnerung: Das Land Hessen gehört nicht zur Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TV-L), sondern verhandelt in Hessen seinen eigenen Tarifvertrag (TV-H). Von diesen Verhandlungen sind rund 45.000 hessische Landesbeschäftigte betroffen. Natürlich hat diese Tarif- und Besoldungsrunde auch Bedeutung für alle hessischen Beamtinnen und Beamte. Die GdP fordert traditionell, das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auch auf diese zu übertragen. Hiervon sind in Hessen ca. 105.000 Landes- und Kommunalbeamtinnen und Beamte betroffen.

Weil im öffentlichen Dienst auch Mitglieder anderer Gewerkschaften beteiligt sind, wurde eine Gemeinschaft gebildet, bei der wir als GdP mit am Verhandlungstisch sitzen. Verhandlungsführerin ist die stellver-

tretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Die Gewerkschaften haben am 8. November 2023 die Forderungen beschlossen, mit der sie in die Tarifverhandlungen gehen. Es wurde vereinbart, 500 Euro mehr zu fordern, mindestens jedoch 10,5 Prozent.

Die Gewerkschaften haben des Weiteren folgende Erwartungen formuliert:

mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte (35 Prozent bis zum Jahr 2025); Befristungen für administrativ-technische Beschäftigte sollen nur in Fällen persönlicher Vertretungen möglich sein.

Einbeziehung studentischer Hilfskräfte in den Geltungsbereich des TV-H:

- einheitliches Stundenentgelt von 16,50 Euro im ersten Jahr der Beschäftigung, ab dem zweiten Jahr 17,50 Euro und ab dem dritten Jahr 18,50 Euro
- Mindestumfang 40 Stunden pro Monat
- Mindestvertragslaufzeit 36 Monate

Das Land sagt zu, nach Ende der Tarifrunde Verhandlungen über die Aktualisierung der Entgeltordnung zu beginnen.

Die Jahressonderzahlung wird in ein zusätzliches, volles dreizehntes Monatsgehalt umgewandelt.

Bonus für Gewerkschaftsmitglieder: einen Tag Freizeitausgleich für ehrenamtliches Engagement

Gefährdungszulage für die Beschäftigten der Wachpolizei in Höhe von 120 Euro zeit- und wirkungsgleiche Übernahmen des Tarifergebnisses auf Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger*innen

Die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie im laufenden Tarifvertrag wurde von der Landesregierung bisher abgelehnt.

Nun gilt es, unseren Vertreterinnen und Vertretern in den laufenden Verhandlungen viel Ausdauer und Geschick zu wünschen, um in Hessen einen akzeptablen Tarifabschluss, dessen Ergebnis sich mindestens mit dem des TV-L vergleichen lässt, zu vereinbaren. Zum Abschluss sei noch erwähnt, dass die höchstrichterlich festgestellte, nicht amtsangemessene Alimentierung der Beamtinnen und Beamten in Hes-

sen gesondert zu betrachten ist und durch Regelungen im Besoldungsrecht nach wie vor noch endgültig „repariert“ werden muss. Die Erhöhung der Dienst-, Amts- und Versorgungsbezüge zum 1. April 2023 und zum 1. Januar 2024 jeweils linear um drei Prozent, kann nur der erste Schritt auf dem Weg zur verfassungskonformen Alimentierung gewesen sein.

Mit Blick auf den Mai 2024 beschäftigen uns die Personalratswahlen in Hessen. Die Weichen für diese Wahl sind gestellt, unsere GdP-Kandidaten sind nominiert und die Vorbereitungen laufen seit Langem auf Hochtouren. Das Wichtigste an einer Wahl ist jedoch die Wahrnehmung des Grundrechtes wählen zu gehen. Mit der Stimmabgabe kann ich dazu beitragen, dass meine Interessen später durch die gewählten Mitglieder vertreten werden. Eine hohe Wahlbeteiligung und ein gutes Wahlergebnis stärken natürlich dem späteren Gremium den Rücken und lassen den Personalrat an Bedeutung gewinnen, wenn es anschließend um die Durchsetzung von Interessen geht. Die allgemeine Politikverdrossenheit sollte jedoch bei der Gestaltung unserer Rahmen- und Arbeitsbedingungen in der hessischen Polizei hintanstehen. Nur wer sich beteiligt, darf im Anschluss auch Kritik üben. Gemeinsam mit einem starken Haupt- oder örtlichen Personalrat lassen sich auf Augenhöhe mit den Verantwortlichen in den Behörden Lösungswege finden. Deshalb geht bitte alle wählen, damit wir für die Zukunft gut aufgestellt sind. Die Beteiligungsrechte der Personalräte sind der Kern der Mitbestimmung für die Beschäftigten in unseren Behörden. Nicht zuletzt gehört auch als Kernaufgabe die rechtssichere Anwendung des am 6. April 2023 neu in Kraft getretenen Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) zu einer erfolgreichen Personalratsarbeit in einer modernen Polizei für die Zukunft. Diesen nicht einfachen Aufgaben stellen sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten. Deshalb seid ihr alle gefragt: Unterstützt unsere Kolleginnen und Kollegen und geht bitte vom 13. bis 17. Mai 2024 wählen!

Karsten Bech



UMFRAGE

Polizei und Ärzte genießen das höchste Vertrauen

Alle Jahre wieder werden Bürgerinnen und Bürger von Meinungsforschern befragt, wem sie vertrauen und wem eher nicht. Bei der aktuellen Umfrage¹ der forsa marplan Markt- und Mediaforschungsgesellschaft mbH im Auftrag des Sterns sowie von RTL und n.tv lagen Ärzte und die **Polizei** mit 81 Prozent auf Platz 1 der Umfrage.

Das Vertrauen in die Institution Polizei ist das Ergebnis der herausragenden Arbeit aller Polizeibeschäftigten. Die Polizeifamilie hat das geschafft, egal ob Tarif oder Beamte, ob Schutz- oder Kriminalpolizei, und das trotz bisweilen schwieriger Bedingungen. Die Institution Polizei lebt davon, dass viele Kolleginnen und Kollegen so engagiert sind und jeden Tag das Maximum geben.

Dass die laut Bürgern vertrauenswürdigsten Organisationen Polizei, **Bundesverfassungsgericht** (74 Prozent), **Univer-**

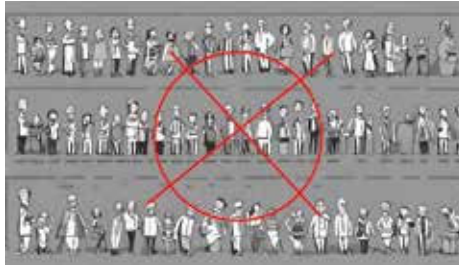


Foto: Hüschenbett

sitäten (73 Prozent), **Gerichte** (71 Prozent) dabei nach wie vor verfassungswidrig besoldet werden, ist ein Trauerspiel, das niemand verstehen kann.

Die Politik selbst kommt auf deutlich niedrigere Vertrauenszahlen (**Bundespräsident** 62 Prozent, **Landesregierung** 43 Prozent, **Europäische Union** 35 Prozent, **Bundesregierung** 32 Prozent, **Bundeskanzler** 20 Prozent). Den höchsten Zuwachs hat die **Bundeswehr**, der nun 53 Prozent ihr Vertrauen aussprechen (+ 7 Prozent), was dem Bewusstsein der Wichtigkeit einer Armee

durch den Krieg gegen die Ukraine geschuldet sein dürfte.

Lediglich 41 Prozent der Befragten vertrauen der **Presse** und **Banken** nur 31 Prozent. Den **Gewerkschaften** vertrauen 44 Prozent, wobei da nicht differenziert wurde, ob es um die eigene Gewerkschaft geht oder Gewerkschaften im Allgemeinen, z. B. auch solche, die die eigene Mobilität mit Aktionen einschränken. Zumindest die neue hessische Landesregierung könnte ihre Prozentpunkte beim Vertrauen erhöhen. Bei den im März anstehenden Tarifverhandlungen könnte das Land Hessen, welches seit 2004 als einziges aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ausgetreten ist, mit einem zukunftsweisenden Tarifabschluss, zeit- und inhaltsgleicher Übertragung auf die Beamten sowie eine Umwandlung des Hessentickets in das Deutschlandticket nicht nur für mehr Vertrauen sorgen, sondern auch das Land Hessen als Arbeitgeber wieder attraktiver machen.

Markus Hüschenbett

¹Dazu wurden 4002 Personen befragt, die statistische Fehlertoleranz liegt bei +/- 2,5 Prozent. Quelle für alle Daten: Forsa/n.tv

Interview mit Gregor Bader, neuer Vorsitzender der Bezirksgruppe HPE

Stell dich bitte kurz vor.

Gregor Bader: Mein Name ist Gregor Bader, ich werde in naher Zukunft 50 Jahre alt und bin geboren und aufgewachsen im wunderschönen Rheingau. Meine Freizeit verbringe ich gerne mit sehr viel Sport und mit meinen beiden sechs- und achtjährigen Söhnen. Ich war ca. 20 Jahre auf verschiedenen Dienststellen des PP Westhessen und PP Frankfurt/M. tätig. Über den Streifendienst bei verschiedenen Revieren und Stationen, Dienst bei operativen Einheiten und auch in Kommissariaten konnte ich einen breiten Einblick in die Arbeit der Polizei gewinnen. Aus diesem Grund bin ich schließlich in den Ausbildungsbereich des hessischen Präsidiums für Einsatz gewechselt und bin dort seit vier Jahren freigestellt im geschäftsführenden Personalrat.

Seit wann bist du in der GdP aktiv und was motiviert dich, dich zu engagieren?

Gregor Bader: Meine „Karriere“ in der GdP begann als Kassierer in der KG Rheingau. Nach meinem Wechsel in das Präsidium für Einsatz engagierte ich mich direkt in der Kreisgruppe Mudra, dessen Vorsitzender ich seit einigen Jahren bin. Seit Oktober letzten Jahres bin ich zusätzlich Bezirksgruppenvorsitzender der BZG Bereitschaftspolizei (zukünftig HPE). Ich finde es sehr wichtig, ein „offenes Ohr“ für die Belange der Kolleginnen und Kollegen zu haben und ihnen jederzeit mit „Rat und Tat“ zur Seite zu stehen.

Wie hast du die GdP früher erlebt? Hat sie sich, und wenn ja wie, verändert?

Gregor Bader: Früher sind die Kolleginnen und Kollegen für ihre Forderungen eher mal auf die Straße gegangen und insgesamt scheint das ehrenamtliche Engagement, so wie fast überall, leider abzunehmen. Positiv finde ich, dass die GdP vermehrt auch die gesellschaftliche Entwicklung im Blick hat und sich zu gesellschafts- und tagespolitischen Fragen äußert.

Hast du ein Tagesmotto?

Gregor Bader: Ein Motto habe ich nicht unbedingt. Ich freue mich jeden Tag auf neue gewerkschaftliche und personalrätliche Herausforderungen, und das tägliche Ziel ist es, unsere Kolleginnen und Kollegen bei allen Problemen bestmöglich zu unterstützen.



Foto: G. Bader

Welche gewerkschaftlichen Ziele möchtest du gerne erreichen?

Gregor Bader: Innerhalb des gerade erst gegründeten Präsidiums für Einsatz ist es für mich sehr wichtig, die hinzugekommenen Kolleginnen und Kollegen aus den

Spezialeinheiten in unsere Bezirksgruppe zu integrieren. Dazu wurden auch schon einige Maßnahmen getroffen und wir sind auf einem sehr guten Weg. Die Zulage für geschlossene Einheiten ist seit Jahren ein Dauerthema und es ist bei der derzeitigen hohen Dauerbelastung für die Einheiten

(wie leider fast überall) nicht zu akzeptieren, dass diesbezüglich immer noch nichts passiert ist.

Familie und Beruf – wie kommt das bei dir zusammen?

Gregor Bader: Da bin ich in der glücklichen Situation, dass wir uns innerhalb des Personalrats jederzeit gegenseitig unterstützen und somit bekomme ich es ganz gut hin, die vielen Termine im Dienst und die Betreuung meiner zwei Jungs unter „einen Hut zu bringen“.

Welches dienstliche Ereignis hat dich im besonderen Maß belastet?

Gregor Bader: In den rund 20 Jahren „auf der Straße“ gab es natürlich einige belastende Situationen, vom tödlichen Verkehrsunfall bis zum plötzlichen Kindstod. Diese Ereignisse konnte ich in Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen und teilweise natürlich auch mit Freunden und Familie ganz gut verarbeiten. Heute sind wir da mit dem psychosozialen Netzwerk natürlich wesentlich besser aufgestellt. ■

Interview mit Matthias Lange, neuer Vorsitzender der Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden

Stell dich bitte kurz vor.

Matthias Lange: Mein Name ist Matthias Lange, ich bin 55 Jahre alt, verheiratet und habe eine Tochter im Alter von 14 Jahren. Nach einer kaufmännischen Lehre habe ich meinen Wehrdienst angetreten, der dann tatsächlich zehn Jahre und drei Monate gedauert hat. Während dieser Zeit konnte ich den Grundstein für meine Folgeverwendung legen. Seit 2002 bin ich Angehöriger des Hessischen Landeskriminalamtes. Bis 2021 war ich im Fachbereich „Sprengtechnik, Entschärfung“ als Sachverständiger und Entschärfer aktiv, bevor ich dann im Jahr 2021 die ehrenvolle Aufgabe des Personalratsvorsitzenden übernehmen durfte.

Seit wann bist du in der GdP aktiv und was motiviert dich, dich zu engagieren?

Matthias Lange: Aktiv bin ich seit meinem Eintritt in die hessische Polizei und damit dem Eintritt in die GdP. Mein Chef war seinerzeit Kreisgruppenvorsitzender und ich konnte hier und da unterstützen. Mein Engagement beruht auf der Erkenntnis, dass vieles nur gemeinsam mit anderen erreicht werden kann. Das gilt bis zum heutigen Tag, in der Gewerkschaft, im Sportverein und in der Eigentümergemeinschaft unserer Immobilie.

Wie hast du die GdP früher erlebt? Hat sie sich, und wenn ja wie, verändert?

Matthias Lange: Ich habe die GdP immer als eine starke und gute Gemeinschaft erlebt.

Hast du ein Tagesmotto?

Matthias Lange: Weiter!

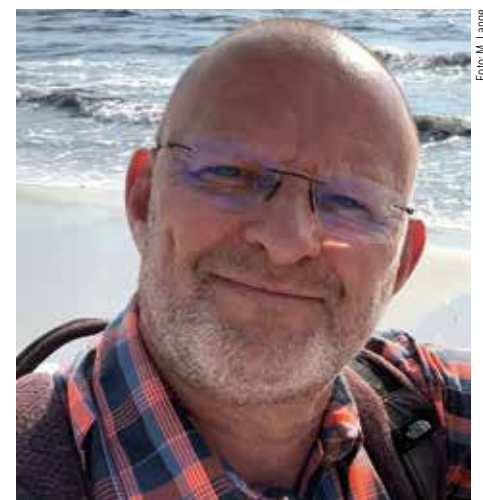


Foto: M. Lange

Welche gewerkschaftlichen Ziele möchtest du gerne erreichen?



Matthias Lange: Ich hoffe, viel mehr Kolleginnen und Kollegen in unsere GdP aufnehmen und von der Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit überzeugen zu können. Solidarität ist ganz wichtig! Gerade heute! Als Kind des Kalten Krieges durfte ich erleben, was Solidarität bewirken kann. Und ein laut untermaltes GdP-Fahnenmeer sorgt bei mir bis heute für glänzende Augen!

Familie und Beruf – wie kommt das bei dir zusammen?

Matthias Lange: 19 Jahre Rufbereitschaft mit immer knappen Personalressourcen haben zunächst meiner Frau, später dann auch unserer Tochter einiges abverlangt. Das ist natürlich nicht zu vergleichen mit jahrzehntelangen Schichtdiensten unter dem Schwert des Personal mangels ... Wir haben es hinbekommen. Sehr gut sogar. Wenn ich heute im Büro zeitlich „über die Stränge schlage“, wissen beide, dass es nötig und zweckmäßig ist, und sind sehr nachsichtig.

Welches dienstliche Ereignis hat dich im besonderen Maß belastet?

Matthias Lange: Besonders belastet hat mich seinerzeit ein Unfall mit einem schwerstverletzten sechsjährigen Jungen durch selbst hergestellten Explosivstoff. Er hatte nichts mit dem Zeug zu tun, hatte Pech, war zu falschen Zeit am falschen Ort. Wir konnten damals, trotz sorgfältiger Tatortarbeit keine Ermittlungsansätze liefern. Das ärgert mich tatsächlich noch heute. ■

Wir ziehen weiter ...

... hieß es im Schlussbild einer Westernserie, die in den Sechzigern, noch in Schwarz-Weiß, über die bundesdeutschen Bildschirme flimmerte. Gemeint war damit eine Viehherde mit ihrem Begleittross auf dem Weg zu einer Bahnverladestation irgendwo im mittleren Westen der Vereinigten Staaten.

Die Herde sind in unserem Fall die Seniorinnen und Senioren der hessischen GdP, der Begleittross der Landesseniorenvorstand. Als solcher machen wir uns auf in das Jahr 2024, das noch am Anfang steht. Die Seniorengruppe hat sich dafür einiges vorgenommen. Dazu gehören unsere Seminare, beginnend im Februar mit IT, und über das Jahr mit den bekanntesten Angeboten für angehende und langjährige Ruheständlerinnen und Ruheständler in Pension oder Rentner.

Eine Besonderheit wird das Jahr 2024 auch bieten. **Am 13. Juni beabsichtigen wir, in Frankfurt einen Seniorentag durchzuführen.** Dieser richtet sich in erster Linie an diejenigen, die schon aktiv in der Seniorenarbeit unterwegs sind oder das zukünftig tun wollen. Deshalb werden wir dort keine Anträge beraten oder wählen, sondern Anregungen und Impulse für unsere Arbeit vor Ort mitnehmen. Darauf dürfen wir gespannt sein. Dazu kommen natürlich die Veranstaltungen in den Bezirksgruppen in vielfältiger Form, vor allem im Bereich der Freizeitgestaltung oder auch mit Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen. An dieser Stelle sei schon mal zu regen Teilnahme aufgefordert, es lohnt sich dabei zu sein.

Und noch etwas liegt vor uns: eine wichtige Tarifrunde. Doch nicht für Beamte, werden jetzt vielleicht einige denken. In der Tat wird zunächst für die Tarifbeschäftigten verhandelt. Das ist richtig, aber zu kurz gedacht. Denn wir – als GdP und mit eigenem Personal – fordern in den Verhandlungen die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Es geht immer auch um uns, deshalb sind die Solidarität und Unterstützung unserer Tarifkommission und der gegebenenfalls streikenden Kolleginnen und Kollegen in dieser Phase wichtig. Gutes Einkommen hat auch etwas mit Wertschätzung zu tun. Damit hat auch die neue Landesregierung offenbar ein Problem. Denn im Koalitionsvertrag ist zwar eine Erhöhung der Polizeizulage für Aktive vorgesehen – in einer schon fast beleidigenden Größenordnung –, allerdings ist dort kein Wort zur Ruhegehaltsfähigkeit zu lesen. Wir werden deshalb nicht umhinkommen, unsere Forderung und den Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Da zählen wir auf eure Beteiligung.

Bernd Braun



**SENIOREN
GRUPPE**



Die GdP gratuliert

zum 50. Gewerkschaftsjubiläum

Werner Kowalski

Kreisgruppe HPT

Sterbefälle

Armin Visosky

Kreisgruppe HLKA

Heinz-Bernd Lemke

Kreisgruppe Kassel

Heiko Stippich

Kreisgruppe PAST Bad Hersfeld

Bettina Witzel

Kreisgruppe HBP Mühlheim

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

